

Verbands-Zeitung



Zeitung für die Interessen der Mitglieder im Deutschen, Österreichischen und Russischen Reiches
Dokumentationsorgan des Verbandes der Deutschen- und Österreichischen und Russischen Gewerkschaften

Erstausgabe: 10 Pfennige am Sonnabend.
Zweiteiliges: vierzehntäglich 2,10 Mark; unter Ausnahme 2,20 Mark.
Gesammelt in die Postabteilung.

Gelegentlich: 10 Pfennige. Redaktion: Dr. Ritter, Berlin-Charlottenburg.
Redaktion: Max Oppermann, Berlin, O. 22, Schlesische Str. 6.
Druck: Hermann Gmeiner, Düsseldorf, Dom-Quirinus-Str. 22-24.

Satzungserklärung:
Gesetzliche Abgaben fallen bis festgesetzte Zeitabende ab. Spesen,
Geld für Säfaten: Freitag, 10.11. 5 Mark.

Die Verkürzung der Arbeitszeit eine dringliche Forderung!

Die Bestrebungen der Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit bis auf ein Maß, das zu erreichen notwendig ist, um die Arbeitskraft ökonomisch zu verwerten und nicht mehr auszuholen, als dem Wohlbefinden und der Gesundheit dienlich und zuträglich ist, und um den Arbeitern die nötige freie Zeit zur Erholung und zur kulturellen Betätigung zu geben, sind durch den Krieg auf längere Zeit unterbunden worden. Zu Beginn des Krieges war das Hindernis der Arbeitsmangel, der dann allmählich abgelöst wurde durch Arbeitermangel. Unter den gegebenen Umständen wäre aber gerade im Kriege eine Verkürzung der Arbeitszeit in beschleunigtem Tempo notwendig gewesen. Mit dem Arbeitermangel zugleich setzten auch die Ernährungsschwierigkeiten ein, die sich wie alle Welt weiß, bis zur Unerträglichkeit steigerten und schon lange als latente Hungelperiode bezeichnet werden müssen. Die Kraft, die durch Arbeitstätigkeit verausgabt wurde, konnte schon lange nicht mehr durch die zugeteilte Nahrung ersetzt werden, die Arbeitskraft nahm ab, die Menschen sickten langsam dahin. Dabei wurde wohl in jedem Beruf noch mehr Arbeitsleistung verlangt und getötigt als in normalen Zeiten, eben aus Mangel an Arbeitskräften. Das verschärft den Raubbau an der Arbeitskraft.

Nur haben die Arbeiter, und besonders auch unsere Kollegen, in letzter Zeit sich wieder mehr dieser Kulturforderung zum Schutz ihrer Gesundheit erinnert, haben Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit durch ihre Organisationen erhoben und auch Erfolge ergzielt. Diese Erfolge sind aber bisher nur vereinzelt und genügend in den gegebenen Fällen noch nicht einmal, um das durch den Krieg versäumte nachzuholen; sie genügen um so weniger in Rücksicht auf den miserablen Stand der Ernährung. In dem weitaus größten Teil der Betriebe ist aber während des ganzen Krieges überhaupt nichts in Bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit geschehen. Darbei fordert aber die Entwicklung in den Industrien, die ungeheure Betriebskonzentration mit gleichzeitiger Ausschaltung zahlreicher Arbeitskräfte gekörperlich ausgleichende Maßnahmen. Sie sind jetzt schon dringendes Erfordernis, sie sind nicht mehr zu umgehen, wenn die zehntausende Kriegsteilnehmer heimkehren.

Die Demobilisierung ist in nächster Zeit zu erwarten. Sie wird sich nach Lage der Verhältnisse wahrscheinlich anders, überstürzter, vollziehen, als bisher angenommen wurde. Die vorge sehene Auszahl bei der Entlassung aus dem Heere und das Maß werden sich nicht aufrechterhalten lassen. Der Andrang derjenigen, die ihre Berufskarriere wieder aufnehmen wollen, wird groß sein. Da heißt es, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Auf eine in jedem Falle unzulängliche Unterstützung wird jeder verzichten, wenn ihm lohnende Erwerbsarbeit zugemessen wird, worauf er Anspruch hat. Das liegt auch im volkswirtschaftlichen Interesse. Zwar werden Reich, Staat und Kommunen Arbeitsaufträge vergeben, aber damit ist nichts Durchgreifendes getan, denn auch die Wüstungs- und Kriegsindustrie kommt zum baldigen Stillstand. Hier müssen die Industrien allgemein eingreifen und das äußerste tun, um durch Einstellung und Beschäftigung ihrer Verursarbeiter soviel als irgend möglich der Not vorzubeugen, Zustände verhindern, die zur Katastrophe führen können. Das Mittel hierzu ist eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung hat auch der bayerische Ministerpräsident von Dandl an-

erkannt, der sich in der Sitzung der bayerischen Abgeordnetenkammer am 23. Oktober über die Maßnahmen der Regierung verbreitete, als Antwort auf eine Frage, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, um den schweren wirtschaftlichen und politischen Gefahren zu begegnen, die aus der Demobilisierung des Heeres und der Einstellung der Rüstungsarbeiten erwachsen müsse. Er erklärte u. a. daß zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung bzw. zur Streckung der Arbeitsgelegenheit auch vor einer Verkürzung der Arbeitszeit nicht zurückgeschreckt werden dürfe. Und auch im Reichswirtschaftsrat wurde vom Unterstaatssekretär Dr. Müller ausgesprochen, daß die Pflicht zur Arbeitsbeschaffung sich auf jeden einzelnen Unternehmer erstrecke.

Wir täuschen uns wohl nicht, wenn wir annehmen, daß auch die Unternehmer diesen Standpunkt teilen. Mindestens läßt sich dieses vorerst von den Unternehmern aus der Branche unterscheiden. Unser Hinweis auf die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit in Rücksicht auf die schlechte Ernährung und die bevorstehende Demobilisation, der bei Gelegenheit einer Aussprache mit dem Syndikus des Deutschen Brauerbundes am 4. Oktober erfolgte, mit dem Antrag, eine Aussprache darüber mit dem Präsidium des Deutschen Brauerbundes herbeizuführen, hat zwar bisher noch kein weiteres greifbares Ergebnis gezeigt. Jedoch nahm Herr Direktor Funke in der Sitzung des Großen Ausschusses des Deutschen Brauerbundes am 10. Oktober in seinem Bericht über die Lage und Aussichten des Braugewerbes Gelegenheit, auch diese Frage zu streifen. Er erklärte nach dem Bericht der „Tageszeitung für Brauerei“:

„daß sich die neuerdings hervortretenden Bestrebungen der Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit bei dem gegenwärtigen außerordentlichen Leutemangel unmöglich erfüllen lassen“.

Es läßt sich darüber streiten, ob der gegenwärtige Leutemangel so groß ist, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit unmöglich macht. Aber lassen wir das dahingestellt. Der außerordentliche Leutemangel hört mit dem Beginn der Demobilisation auf. Das ist der Zeitpunkt, an dem das Hindernis für die Verkürzung der Arbeitszeit beseitigt ist; das auch Herr Direktor Funke als einziges Hindernis betrachtet.

Die Konferenz der Bezirksleiter und Vertreter der größeren Zahlstellen, des Hauptvorstandes und Verbandsausschusses, die am 29. und 30. Oktober in Halle tagte, nahm auch zur Frage der Verkürzung der Arbeitszeit Stellung und erklärte die Verkürzung der Arbeitszeit für eine dringliche Forderung, die mit aller Energie angestrebt werden müsse.

In Verbindung mit der schlechten Ernährung schafft der Zustrom der heimkehrenden Krieger einen außergewöhnlichen Notstand, dem mit außergewöhnlichen Mitteln entgegentreten werden muß. Ebenso wie bei Einsetzen der Inflation, unbedingt der Tarifverträge, die Organisation einspringen mußte, um außerhalb des tariflichen Gesetzes ein notwendig höheres Einkommen für die Arbeiter zu erreichen, ebenso muß auch jetzt die Organisation trotz Bestehen der Tarifverträge für eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten.

Der Krieg hat die außergewöhnlichen Verhältnisse gezeigt, wir sind verpflichtet, ihre gefährlichen Wirkungen soviel als möglich zu mildern. Jetzt heißt das Mittel:

Erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit!

Berichtigung. Im Artikel in voriger Nummer „Das Lohnproblem und die Gewerkschaften“ stand es im vorletzten Absatz heißen:

„Wir finden auch in der Bezeichnung (nicht Beziehung) der „übermäßig aufgetriebenen Arbeitshöhne“ keinen Beweis dafür, daß dort die Verhältnisse, wie sie tatsächlich sind, gewidmet werden“ usw.

Dringlichste Wohnungsmögl.

Die veränderte Kriegslage hat natürlich auch unsere unter anderen Verhältnissen entworfenen Demobilisierungspläne in einschneidender Weise entwertet. Doch wahrscheinlich werden viel früher und rascher als noch vor wenigen Monaten angenommen werden konnte, unsere Truppenmassen in die Heimat zurückkommen und der Abbau unserer Kriegsindustrien wird sich auch viel rascher als angenommen würde vollziehen müssen. Die Frage der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung muß dann ebenfalls schnell gelöst werden.

Mindestens so dringlich aber ist nun mehr auch die Behebung der Wohnungsnöte. Allgemein bekannt ist, daß bereits vor dem Kriege die Wohnungsbautätigkeit stark abschaut, die Wohnungsnarhabet schon damals in Großstädten und Großindustriegebieten empfindlich auftrat. Die normale Quote der Beamtenwohnungen (8 Proz. von dem Wohnungsbestande) wurde schon vielerorts unterschritten. Während des Krieges hat die Wohnungsbautätigkeit fast so gut wie gänzlich geruht, weil Baustoffe und Bauarbeiter für den Privatwohnungsbau tatsächlich fast gar nicht mehr zu haben waren. Auf 750 000 Wohnungen wird von ersten Sachverständigen der jetzige Bedarf an neuen Wohnungen in Deutschland geschätzt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß der Wohnungsmangel nicht in allen Landesteilen auftritt. Überall aber ist der Zustand der Wohnungen infolge der ausgefallenen Reparaturen ein mehr oder weniger schlechter, in den Städten sowohl wie auf dem Lande.

Was ist angesichts dieser seit langem in den Kreisen der Wohnungspolitiker erörterten Katastrophe „von Amts wegen“ geschehen? Mit Rücksicht auf die Gewaltigkeit der zu erfüllenden Aufgaben kann man sagen: praktisch so gut wie möglich! „Erwägungen“ und „Anweisungen“ besitzen wir im Fülle, aber zu der Inangriffnahme einer großzügigen Bautätigkeit ist es trotz des Drängens in Parlamenten, Konferenzen, Beiräten, Kommissionen usw. noch immer nicht gekommen! Dazu sind wir nun in die wegen der Witterungsverhältnisse ungünstigste Bauzeit geraten. Wir stehen vor weis wie nahe vor der unmöglichsten Notwendigkeit, den zurückkehrenden Soldaten und den notgedrungen umzuzogierenden Massen von Arbeiterfamilien eine wenigstens einigermaßen menschenmündige Unterkunft zu verschaffen. Was ist verändert und gesündigt worden?

Wir stehen vor der kaum zu begreifenden Tatfaule, daß sich zwar gutes, weites Baugelände vor allen Dingen in Händen des Fiskus befindet, dieser aber trotz aller Bemühungen von Baumüstigen, darunter vornehmlich Kommunalverwaltungen und gemeinnützige Baugenossenschaften, sich noch immer nicht herbeigelassen hat (z. B. in Groß-Berlin, Halle a. S. usw.) den Baugrund zu einem billigen Preise abzugeben! Wo im Interesse billiger Kleinwohnungsbauten ein Preis von höchstens 1 Mt. pro Quadratmeter zulässig wäre, fordert der preußische Fiskus einen Preis bis zu 5 Mt. Und dazu wird die fiskalische Entscheidung nun schon monatelang hingezogen, so daß schon deshalb noch kein Spatenstich zwecks Anlage von Wohnungsbauden gemacht werden konnte. Viele kostbare Zeit ist so vertrödelt worden durch einen gemeingefährlichen Bürokratismus, werauf mit Rücksicht auf die Folgen ausdrücklich öffentlich hingewiesen werden muß.

Von den wichtigsten Baustoffen fehlt es am empfindlichsten an Ziegeln. Vor dem Kriege bestanden in Deutschland circa 18 000 Ziegeleien, die eine gewaltige Überproduktion erzeugen konnten. Durch eine viel zu weit getriebene Schematisierung seitens der einstügigen Militärstellen ist die Zahl der betriebenen Ziegeleien so reduziert worden, daß zeitweilig

wurde noch weit unter 1000 Ziegelöfen in Betrieb gehalten wurden; gegenwärtig sind es etwa 900. Die Wirtschaftsstellen begründeten die Massenstilllegung mit dem Mangel an Kohlen und Arbeitskräften und verkannten auf die Auswirkungen des Reichsbahnkommunismus. Aber nun hätte doch die in den Wohnungsversorgungsbüros liegenden Ziegelöfen im gewissen Umfang weiterarbeiten lassen können, indem man ihnen geografisch aus den großen Ziegelbauten der Provinz (zumeist mehrere Kilometer voneinander) Material gewickelt, gern dabei doch nicht abtransportiert werden konnte. Späteren sind jedoch die Rohstoffmengen für das ganze Ziegelgewerbe angefiesen worden, statt nur dort Ziegel zu lassen, wo reichlich Kohlen lagen. Wiederholt ist auf diese Weise aufgetreten, wenn es sondern sich auch schon Kommunalverwaltungen in den Kohlenbezirken, die strategische Ziegelöfen in eigener Regie betrieben könnten. Nun fehlt es angesichts des Kriegsbedarfs fast vollständig an Ziegeln und die Wohnungsnott erhebt immer drohender ihr Spitz.

Schon so liegen die Verhältnisse beim Betriebsamt. Wie hierin hatten wir vor dem Kriege eine gewaltige Heberproduktion, die nun durch Standardisierung der Werte und Kontingentierung der Produktion zu befehligen trachtete. Vieles Verhandlungen galte es ist regierungssseitig während des Krieges eingegriffen worden, mit dem Erfolg, daß zahlreiche Werte fallengelten, die Gesamtproduktion auf ein Niveau herabgebracht wurde, das fast nur den Heeresbedarf, im weitesten Umfang genommen, deckte. Auch hier ist man ohne die gebührende Rücksicht auf den Wohnungsbau vorgegangen, während man hätte bedenken sollen, daß doch auch die Verschaffung von Wohnungen eine kriegswichtige Notwendigkeit ist. Das umfassende Schlagan und Zubereiten von Bauland aus den großen industriellen Zonen ist ebenfalls bereits vor Jahresfrist von Wohnungspolitikern dringlich gefordert worden, als es noch Zeit war, vorzüglich zu tun. Da sollte Arbeitermangel der Erfüllung der Anforderung entgegenstehen. Man kann sich indes wohl vorstellen, daß es keine Unmöglichkeit gewesen wäre, die dringend nötigen Arbeitskräfte vom Heeresdienst freizuhalten, wofür genügt ausreichender Erfolg aus der Unzufriedenheit militärdienstfähiger Personen getellt werden könnte, die sich in den zahlreichen militärischen Unterkünften im Innlande und in den besetzten Gebieten aufhielten. Die sich verschärfende Krise auf dem Wohnungsmarkt ist eben nicht entfernt so beachtet worden, wie sie es im Allgemeineninteresse längst verdient.

Dem Wohnungsbau stellten sich aber nicht nur die militärischen Bauverbote, sondern im steigenden Maße auch die ungeheure Verkehrsregelung der Rautöffnungen entgegen! Auf diesem Gebiete hat eine Entwicklung der Kriegsbonitätszone stattgefunden, die zum Himmel schreit. Siegelsteine (1000 Stück), die vor dem Kriege beispielsose ab Ufen 25-25 Mt. kosteten, erfordern jetzt eine Ausgabe von 64-66 Mt. Renten (10 000 Kilo) kostete vor dem Kriege 250 bis 300 Mt. — manchmal noch weniger wegen des Heberangebots — jetzt sind 750 Mt. als „Höchstpreis“ zu zahlen. Die Rentenwerke haben es verstanden, die aufstrebenden Militärstellen zu immer neuen Kreisfahrten zu bewegen, was in den sehr erhöhten Rentenabständen zum Ausdruck kommt. Raff., Stes., Glas u. s. haben ähnliche, zum Teil noch bedeutendere Preiserhöhungen erfahren.

Auch hier ist der Kriegs „behindert“ vorgegangen. Für einen Kubikmeter Bauland erhöhte er vor dem Kriege im Mittel 50 Mt. der Kreis in mittleren Teile auf 170 Mt. gesteigert, um die Konjunktur auszunutzen.

Der Unterschied ist, daß vor dem Kriege eine Drei-zimmerwohnung etwa 4-5000 Pf. Baukosten erforderte, heute sind es 10-11 000 Pf.! Da sollen billige Kleinwohnungen gebaut werden. Wer kann die Wiesen und Grinden für so ungeheuer verteuerte Bauten aufbringen? Wer übernimmt das Risiko, heute so teuer zu bauen, in der Vorstellung, einige Jahre nach Friedensschluß zu gewiß erheblich billigem Preis bauen zu müssen, infolgedessen ein natürliches Wertpreisunterchied entsteht, der die teuren Bauten enorm erweitert?

Hier soll ein Ausgleich geschaffen werden durch die Abhängung der jetzigen Liebsterierung der Wohnbauten zu Kosten des Reiches und des Staates. Der Reichstag hat bereits im März d. J. beschlossen, 500 Millionen Mark zu Zwecken des Kleinwohnungsbaues seien aus Reichsmitteln bereit zu stellen. Die preußische Staatsverwaltung will 150 Millionen Mark für den gleichen Zweck hauptsächlich zur Bereitung als zweite Maßnahmen eingesetzen. Die Abhängung der durch die Kriegstreiber entstandenen Liebsterierung der Baukosten ist an sich eine sehr bedeutsame Sache. Aber sei dem wie ihm sei: wenn man weitigkeitspraktisch der Wohnungsbau in umfassender Weise in Angriff nehmen würde! Indessen befinden wir uns hier immer noch im Stadium der „Gewagungen“ und des Widerstreits der Parteien. Die trenten mit der Einführung eines Reichswohnungskommunismus bei der unendlichen „Inflationszeit“ begeistert worden, damit nun endlich noch so lange Vorbereitung, wenigstens in den strategischen Siedlungsgebieten, die Bausiedlungen draufsitzen in die Hand genommen würden. Aber wir sehen keine Spur eines großzügigen Wohnungsbaues, sondern

immer nur noch „Vorbereitungen“, „Gewagungen“, Restschäferungen und dergleichen mehr. Und die Zeit ist sehr nahe, wo Männer weben und unterhalten Menschen in Stadt und Land noch Unterhalt verlangen!

Was soll das werden? Was trifft die Bevölkerung für die Verbesserung der kriegswichtigen Wohnungsbauten? Was kann man tun, um keinen Platz zu verlieren, um das Unheil zu verhindern, dessen Größe den unvorstellbaren Verlustes umfangreicher von weiblichen Wohnungspolitikern aller politischen Parteien in unendlichen Schilderungen der Augen geführt worden ist?

Die Konjunktur nach dem Kriege.

Von Dr. Oskar Stille.
Dozent an der Humboldt-Akademie in Berlin.

I.

Auf die Frage, wie sich das gesellschaftliche Leben nach dem Kriege gestalten wird, gibt es — jenseit ich hörte — drei typische Antworten: eine optimistische, die behauptet, daß wir nach dem Friedensschluß einem glänzenden Aufschwung entgegengehen, eine pessimistische, die das Gegenteil für wahrscheinlich hält, und eine zwischen beiden liegende, die die kommende Konjunktur von dem Ausgang des Krieges — dem Kriegshub — abhängt macht in der Weise, daß Krieg wirtschaftliche Prospektivität, Niederlage aber Stress und vornehme Störung des gesamten Wirtschaftslebens zur Folge haben müsse.

Diese drei Ausschreibungen sollen zunächst kurz dargelegt werden. Sie berufen alle nicht auf methodische Überlegung, erfüllen nicht das ganze Problem, ignorieren wichtige nationalökonomische Lehren und sind daher für das Staatsbedürfnis jämmerlich unzureichend. Zu Anfang davon will ich versuchen, eine auf wissenschaftlicher Grundlage des Problems fußende Analyse zu geben, die die Eigentümlichkeiten, von denen die kommende Konjunktur abhängt, erläutert und in deren Rahmen die Spezialbedingungen liegen, die die ökonomische Lage der einzelnen industriellen Branchen bestimmen.

Die zuerst erwähnte Ausschreibung, daß das Ende des Krieges den Anfang einer industriellen Hochkonjunktur bedeutet, ist in der deutschen Industrie eine weit verbreitete. Es vergeht kaum eine Zusammenkunft von Industriellen, in der nicht der glänzenden Aussichten gedacht wird, die der deutsche Handel und die deutsche Industrie nach dem Kriege erwarten.

Die zweit erwähnte Ausschreibung, daß das Ende des Krieges den Anfang einer industriellen Hochkonjunktur bedeutet, ist in der deutschen Industrie eine weit verbreitete. Es vergeht kaum eine Zusammenkunft von Industriellen, in der nicht der glänzenden Aussichten gedacht wird, die der deutsche Handel und die deutsche Industrie nach dem Kriege erwarten.

Die dritte Ausschreibung ist eine überrückend einfache: die Bürger sind gerüstet, zahlreiche Güter verbraucht, eine ungeheure Nachfrage ist vorhanden — die Folge wird eine starke Verfestigung des Handels und aller vorhandenen Produktionsverweise sein. Die Verfestigung hat z. B. keine Schule mehr. Sobald die ersten Haupt- und Sekundarschulen vom Auskunde eingreifen, werden die Schulfabrikaten alle Hände voll zu tun haben.

Eine große Konjunktur wird entstehen, denn die Bevölkerung braucht Schule. Diese Bevölkerung ruht auf einer Gedankenkette, die ich die „Kriegerfahrttheorie“ nennen will. Sie geht von der an sich richtigen Beobachtung aus, daß der Krieg einen großen Nutzen an allen möglichen Waren erzeugt hat und daß der Kriegerfahrt dieser Waren nach dem Kriegsende das große Triumvirat der Wirtschaftsmaßnahmen in wichtige Umstellungen verhelfen wird. Nun kann aber eine Hochkonjunktur nicht allein durch die starke Nachfrage gekennzeichnet werden, sondern es müssen noch weitere Momente da sein, über die man sich in der Praxis zunächst wenig denkt verbringt. Für den Gang der Wirtschaftsmaßnahmen kommt es nämlich auch auf die Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit der Produktions- und Transportmittel an, ferner auf die Menge des zur Verfügung stehenden Kapitals, die Größe der Kreise und die Stärke der heimischen Bevölkerung, nicht zuletzt aber auch auf die in einem Lande vorhandenen und ihm fehlenden Rohstoffe für eine Reihe von Industriezweigen, vor allem die Bergbauindustrie, die Holzindustrie, die Eisenindustrie (in Bezug auf gewisse Erze), die Gummi- und Lackindustrie, die Fahrzeugindustrie u. a. Die Frage aufsteigender Beziehungen anhaltender Hochkonjunktur ist für die Industrie von primärer Bedeutung, denn sonst kann sie ihre Maschinen überhaupt nicht dauernd beschäftigen. Es fragt sich aber, ob mit genau Rohmaterial, das nicht erneutert zur nicht oder in nicht ausreichendem Maße ergangen, bestimmen werden.

Die pessimistische Ausschreibung geht vor allem von den Schädigungen des Krieges aus, die eine groÙe Verkürzung der Kriegszeit überwanden und in die kommende Friedenswirtschaft hineintragen werden. Diese Schädigungen sind groß und zahlreich. Am wichtigsten erscheint folgendes: Durch den Krieg hat sich die Zahl der produktiven Elemente der Gesellschaft gewaltig vermindernt. Millionen sind gefallen, Millionen infolge von Verletzungen und Krankheiten weniger leistungsfähig geworden. Aber nicht nur die Erzeugung wird infolgedessenheimer sein als früher, sondern auch der Ertrag. Der Krieg hat Deutschland eine ungeheure Staatschuld aufgeladen, die starke Steuerbelastungen zur Folge haben muß. Diese betragen auf die Kreise der Produktion nicht ohne Einfluß bleiben. Eine Folge der Erhöhung des verdeckten Produktionsfaktors und der durch die Steuerlasten bedingten Verteuerung der Produktionserzeugung sowie der Export- und Importförderleistungen muß die

leben, doch das ganze Wirtschaftsleben unter Druck kommt und nicht auskönnen kann. Man erkennt, daß diese Ausführungen auf dem Prinzip der Continuität der Wirtschaftsmaßnahmen beruht und daher den Friedensschluß im Jahre 1918 den den Zeiträumen abgrenzen kann. Nicht durch den Krieg geschaffen werden und für die Sicherheit nicht werden sofort sorgen können. Aber es übersteigt, daß auch mit diesen Momenten der Krieg der bestens funktionierenden Elemente nicht geschlossen ist und was nun auf eine Reaktionen einer Seite müssen seine Reaktionen auslösen können.

Die dritte Ausschreibung zeigt den Bedeutungen des Friedensschlusses eine enttäuschende Bedeutung bei. Sie steht in dem beständigen Zug, die Gesamtheit der gesamtheitlichen Entwicklung des ganzen deutschen Wirtschaftslebens in Zukunft. Sie habe bereits an anderer Stelle*) ausgeführt, daß keine Entwicklung innerlich ist. Ein Gewaltsatz als Ausdruck eines deutschen Sieges könnte keine wirtschaftliche Wirkung oder auch nur eine rasche Reaktion auf den Friedensschluß gewährleisten. Es wurde und, wie mir das jetzt betrifft deutlich im Offenen, mit Wissen umgehen, die nach einiger Zeit zur Erfolgen kommen. Es würde gewisse Konsequenzen zur Folge haben, die den Gedanke einer Abrechnung völlig widerstreiten würden. Das Wirtschaftsleben würde also unter dem angehenden Druck weiterer Haftungsverpflichtungen zur Etagation verurteilt werden, kommt dann noch eine zweite Verbindung, die darin besteht, daß Siegreiche Kriege in der Vergangenheit kennengelernt einen nachhaltigen Aufschwung zur Folge gehabt haben. Wo derselbe eintritt, da ist er funktisch durch große Kriegsbelastungen erzeugt worden (wie in Deutschland nach 1871, in Japan nach dem Kriege mit China 1895 ff.). Der Ausgang eines Krieges kann die Konjunktur nicht prinzipiell, sondern nur graduell beeinflussen.“*) Demnach ist auch die weitverbreitete Ausschreibung wegen der heimischen und britischen Einwände, die dagegen geführt werden müssen, nicht geeignet, oft Weltkrieg zu dienen.

Sie werde nun versuchen, in einer der nächsten Nummern das Problem nach anderen Gedanken zu behandeln, die dem Sieg oder Misserfolg, der Gefahrlosigkeit der Wirtschaft, widerstrengen.

Dom-Weltkrieg.

Geblieben ist aus der Geschichte:

Diefeld: Deutsches Reich, Kämpfer der Zukunft;

Giesekopf: Großes Werk;

Kahn-Wilhelm: Deutsches Reich, Deutscher Kaiserstaat, Deutscher Kaiser, Kaiser, Kaiser Wilhelm;

Recke: Sieg Gott.

Wie kann Zukunft?

Gewerkschaftliche Wiederholung.

„Sie kommen nicht, doch sie kommen.“ Es dürfte nun die meisten Gewerkschaftsleiter so gesagt haben, als die Röte erklärt, daß die Bergarbeiter die gewerkschaftlichen Organisationen jetzt erneut zu einer. Die Röte, in der diese große Geschichte sich vollzogen hat, ist zu stark, um die Freude zu unterdrücken, und diese die Bevölkerung gegenüber habe. Wo alles in Demokratie macht, müssen diese neuen Prinzipien nicht allein weiter machen. Es genügt nie und jedemfalls, daß der sozialistischen Arbeit des Bergarbeiterverbandes der sozialen Erfolg nicht versieg gebühren ist. Man ist sogar gewogen, daß Sozialverbesserungen, die im September erzielt werden, schon bereits im Oktober verworfen werden.

Wer nicht aus im Bergbau, sondern auch im Großbetrieb handelt, beginnt nun wiederum nach einer Art des Dokumentar-Berichtschrift zu schreiben, nach der nächsten Weiterführung des Weltkriegs an die Organisationseinheiten der Bergarbeiterverbände fortzutreten, um eine gezielte Regulierung der Sozial- und Arbeitsbedingungen vorzubringen. So erneut die Wendungen an sich nicht, ja es ist bekanntlich, daß die Röte des Krieges oft als Gewerkschaftsvertrag bezeichnet wird, um die Gewerkschaften zu beginnen.

Die Ingessell-Berichtschrift tritt in Deutschland langsam in das Bild ein, in das sie die Arbeitsverhältnisse sozialen Gewerbes verordnet. Die „Arbeitsberichtschrift“ verfolgt mit Begeisterung dieses Werkes. Beide beginnen nun in diesen Kreisen einzufallen, daß die brutale Gewalt hier nicht mehr gilt, und der Organisationsgedanke in den Kreisen der Bergarbeiter immer mehr an Gedenk gewinnt. Das gewonnene Organ empfiehlt daher, den Bürgern der Bergarbeiter mehr Gehalt und höher geblieben, insbesondere soll die Gewerkschaften durch die Gewerkschaften für die sozialistischen Gewerkschaften mitarbeiten und möglichst direkt auf die Kreise, die den modernen Bergarbeiterorganisationen nach streichen.

Der Bergarbeiterverband darf nach seinem sozialen Erfolgen erneut Gewerkschaft für den Jahr 1917 auf eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Bereits bringt die große Zahl der Gewerkschaften in die Bergarbeiterverbände, und wurde jetzt das Jahr 1916, das auf diesem Gebiete einen Erfolg darstellte, noch übertragen. Nicht weniger wie 1916 000 Arbeiter und Arbeitnehmer erzielten eine Gewerkschaftsverfügung und 12 000 Personen eine Arbeitsverfügung. Der Bergbau erinnert in seinem Bereich an

*) Dr. Oskar Stille: Deutsches Reich bei einem Weltkrieg bei einem Weltfrieden. Soz. 1918. Verlag Reichenbach.

**) Robert in seiner Schrift: „Gedenkt einer Zukunftsvorstellung“ Soz. 1916. Verlag Reichenbach.

